

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1930**

88 (14.4.1930)

# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 geteilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 30 Pfennig. Bei der Anfertigung nach Zeit, der bei Nichterfüllung des Bestellschlusses, bei geschäftlicher Betreibung und bei Nichterfüllung einer Anzahl von Bestellschlüssen und bei Nichterfüllung von 10 Bestellschlüssen 1.2. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Auktions- / Sport und Spiel / Primat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenschutz

Bezugspreis monatl. 2.50 Mk. o. ohne Zustellung 2.20 Mk. o. Durch die Post 2.60 Mk. Einzelpreis 10 Pfg., Samstags 15 Pfg. o. Erschließung 6 mal wöchentlich vorwiegend 11 Uhr o. Postfach 2250 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Hauptstraße 22, Mittelstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach 2250 Karlsruhe, Postfach 22, Döberstraße 6; Postfach 2250 Karlsruhe, Postfach 22, Döberstraße 6

Nummer 88

Karlsruhe, Montag, den 14. April 1930

50. Jahrgang

## Speckzoll vor nationaler Politik

Der Rechtsdreh der deutschen Politik

Am heutigen Tag fällt die letzte Entscheidung über das Schicksal der Regierung Brüning und ihre Vorlagen. Der Kampf ist noch nicht aus! Am Samstag haben 68 Abgeordnete nicht an der Abstimmung teilgenommen. Von dieser Fraktion der Abwesenden hängt heute die Entscheidung ab. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat alle ihre Mitglieder bringend ermahnt, heute zur Stelle zu sein. — Das gleiche aber haben die Regierungsparteien getan. Noch einmal müssen sich die Anhänger des Herrn Brüning dieser Nerventprobe unterwerfen.

Bei der ersten Abstimmung am Samstag über das vorerwähnte Junktim siebte das Haus. Hunderte von Blicken wandten sich nach rechts. Man sah, daß Hugenberg und einige Getreue die rote Karte hochhielten. Bald aber zeigte sich, daß die große Mehrheit dieser Fraktion von Kraut und Rüben ihrem Führer nicht mehr folgte. Die weißen Karten überwiegen. Auch einige Nationalsozialisten gaben weiße Ja-Karten ab. Eine einzige blaue Enthaltungskarte startete in dem entscheidenden Ringen zwischen rot und weiß. Eifrig schaute das Büro. Der Präsident erhob sich. Ein Glodenzischen: 24 Abgeordnete haben abgestimmt, einer hat sich enthalten, 208 Stimmen mit Ja, 217 Stimmen mit Nein. Der Antrag der Regierungsparteien ist angenommen. Es haben also fast 70 Abgeordnete bei der entscheidenden Abstimmung gestimmt. Darunter befinden sich 25 Sozialdemokraten. Diese verhältnismäßig hohe Zahl erklärt sich, abgesehen von den zehn wegen Krankheit Beurlaubten, daraus, daß eine Anzahl Abgeordnete Verpflichtungen im Lande übernommen hatten, weil nach bis Freitag nachmittags niemand voraussehen konnte, daß am Samstag die entscheidenden Abstimmungen stattfinden würden und sie deshalb nicht rechtzeitig nach Berlin zurückkehren konnten. Von den Regierungsparteien waren 22 Abgeordnete nicht anwesend, von den Deutschnationalen 9 und den Kommunisten 7.

Eine Zufallsmehrheit hat die Regierung geneigt. Eine Zufallsmehrheit, die schon am Montag zu einer Minderheit werden kann. Das eine ist jedenfalls sicher, daß mindestens die Hälfte des gegenwärtigen Reichstags gegen die Regierung Brüning steht, ihre Politik und ihre politischen Methoden verurteilt und bekämpft. Angesichts dieser parlamentarischen Situation gehört schon ein großes Stück Spontaneität und Demagogie dazu, von einem „Sieg“ der Regierung Brüning zu reden. Die Regierung Brüning hat nicht „gesehen“, gefehlt hat die Angst der Rechten vor Neuauflage und dieser Sieg wurde schließlich Herrn Brüning zum Retter.

Wenn nun die Regierung Brüning am Montag selbst eine knappe Mehrheit behauptet — was hat sie gewonnen? Sie wird nicht zur Ruhe kommen, denn ihre Vorlagen bedeuten eine so ungeheure Belastung des Volkes, daß die Regierung unaufhörlich beantragt werden wird — bis zu ihrem Sturz. Die Anwendung der Agrarermäßigungen, die Rückwirkung der Zollerhöhungen auf die gesamte Handelsvertragspolitik, der kommende Kampf um die Politik und die Arbeitslosenversicherung — alles Gefahrenpunkte, zumal für eine Regierung, die aus Splittern und Gruppchen besteht, bei denen ein großer Teil egoistischer Sonderinteressen und demagogischer Forderungen über den Staatsnotwendigkeiten steht. So oder so! Dieser Regierung ist kein langes Leben beschieden!

Die Regierung Brüning rechnet sich als Verdienst an, daß sie die Deutschnationalen gepalten habe. Die Spaltung in der Partei Hugenberg ist da, so wie sie 1924 bei der Dawesabstimmung da war. Damals erfolgten ein Jahr nach der Spaltung die neuen Zollgesetze, heute ergehen sie am Tage der Spaltung. Die Massen des Volkes sollen heute für das Schauspiel der deutschnationalen Spaltung mit dem Sinken der Lebenshaltung bezahlen, so wie sie es damals getan haben. Ist das ein Verdienst des Kabinetts Brüning?

Die Interessen des ostelbischen Großgrundbesitzes waren stärker als die Ideologie der „nationalen Opposition“, oder in der klassischen Prägung der Hugenbergpresse: „Speckzoll ging vor nationaler Politik“. Mit dem Speckzoll hat das Kabinett Brüning sich 31 deutschnationale Stimmen zur Rettung seiner eigenen Existenz gekauft, — die 31 Deutschnationalen aber, die ihre Stimmen gegeben haben, handeln dafür eine politische Wendebewegung ist. Mag heute die Entscheidung fallen wie sie will. Diese Bereitschaft der bürgerlichen Mitte mit dem ostelbischen Grundbesitz gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes zu patieren, ist eine ernste Warnung.

Die Deutsche Volkspartei hat sich als die Vertreterin der sogenannten „Wirtschaft“ der Großmacht in der deutschen Industrie gegen die Arbeiter und ihre sozialpolitischen Erwerbsinteressen stark machen wollen. Sanierung der „Wirtschaft“ war der Schlußruf. Sanierung von den Lasten der Arbeitslosenversicherung. Sie hat die Krise damit herbeigeführt, aber die Entwicklung in der Krise hat eine ganz andere Wendung genommen, als sie erwartet hatten. Das

vergeleitet und das Ergebnis ist: Die Wiederaufrichtung der Vorherrschaft des ostelbischen Großgrundbesitzes in der deutschen Politik. Das Zentrum leitet das Manöver, aber die 31 Stimmen der Deutschnationalen geben den Kurs an. Die Deutsche Volkspartei ist in der Krise nicht die mächtigste Gruppe geworden, sie verpörrt eine Entmachtung. Vier Zentrumsminister neben zwei Ministern der Deutschen Volkspartei. Sie muß es hinnehmen, daß der agrarische Kurs, die bisherige auf die Förderung ihres Exports gerichtete Politik zerfällt, daß der deutsch-polnische Handelsvertrag, für den sich Herr Curtius sehr engagiert hat, praktisch sabotiert wird. Die Großen in der deutschen

Wirtschaft sind ausgezogen, um die Arbeiterschaft und ihre soziale und politische Stellung zu schmälern, — sie bezahlen dafür mit Einbuße an politischer Macht und Einbuße an wirtschaftlichen Chancen. Die Arbeiterschaft aber wird sich zur Wehr setzen. Sie wird nicht dulden, daß die Kosten des Abenteuers, die Wiederaufrichtung der Vormacht der Großgrundbesitzer auf ihre Schultern gelegt wird. Sie wird kämpfen, um sie abzuwälzen. Die Gewerkschaften kündigen als Folge von Preissteigerungen Lohnkämpfe an und die Wirtschaft wird die Fehde bezahlen müssen.

Herr Stegerwald hat einst die Deutsche Volkspartei als die reaktionärste Partei bezeichnet, als sie ihrer Arbeiterfeind-

## Schwerwiegende Abstimmungen

Die breiten Volksmassen müssen die Kosten des Finanz- und Agrarprogramms zahlen

Zu Beginn des zweiten Teiles der Reichstags-Sitzung vom Samstag (den Bericht über die erste Hälfte der Sitzung siehe auf der zweiten Seite) fesselte:

Abg. Tarnow (Soj.)

die Agrarvorlage als den Versuch, auf alte Anschauungen zurückzugehen, wonach der Landwirtschaft nur durch Zollerhöhungen geholfen werden kann. Die Folge muß eine

ungeheuerliche Erhöhung aller Lebensmittelpreise

sein. Diese Preisvermehrung muß aber weiter unbedingt eine Erhöhung der Löhne nach sich ziehen. Der optimistischen Auffassung, daß eine solche Preiserhöhung nicht eintreten werde, steht die Ansicht des Reichsernährungsministers Schiele gegenüber, wonach ja gerade die Zollerhöhungen eine Erhöhung der Preise bringen sollen. Die erste Wirkung der Vorlage wird sein, daß die landwirtschaftliche Veredelungswirtschaft aus Deutschland hinausgedrängt wird. Sollte eine unangenehme oder nur eine Mittelermittlung eintreten, dann wird unweigerlich eine starke Erhöhung der Lebensmittelpreise und damit der gesamten Lebenshaltung kommen. Das hat ein agrarischer Sachverständiger aus den Koalitionsparteien selbst ausgedrückt. Wir sind der Meinung, daß

der Landwirtschaft mit anderen Mitteln geholfen werden kann.

Die Arbeiter fordern, daß die Nationalisierung der Wirtschaft zu einer entsprechenden Lohnsteigerung führen muß. Die Unternehmer haben diese Forderung bisher abgelehnt. Wenn aber die neue Lebensmittelpreissteigerung kommt, dann wird spätestens

im Herbst eine neue Lohnforderungswelle über Deutschland

gehen. (Sehr wahr! bei den Soj.) Der Reichsverband der deutschen Industrie hat sich gerade deshalb gegen dieses Agrarprogramm ausgesprochen, weil von dieser Seite die notwendig darauf folgenden Lohnsteigerungen gefürchtet werden. Wir lassen keine Zweifel darüber, daß die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere

die Gewerkschaften

in unausweichlicher Konsequenz dieser Vorlagen eine neue Lohnbewegung führen werden. Die Parteien, die diesem Agrarprogramm zustimmen werden, stellen damit einen Beschluß auf Lohnsteigerungen aus, der von uns präventiv wird, und die Gewerkschaften werden sie abwagen, ihn zu honorieren.

### Die Abstimmungen

Die Völle für Benz in und Benzol werden nach Ablehnung der sozialdemokratischen Änderungsanträge mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Rechten angenommen in der Fassung der Regierungsvorlage.

Bei der Ausleihssteuer auf Mineralöle beantragen die Regierungsparteien die Wiederaufhebung der im Ausschuss beschlossenen Befreiung des Petrolums von der Steuer. Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 244 gegen 178 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen.

Das Agrarprogramm der Regierungsparteien wird in einfacher Abstimmung angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, Kommunisten und von der demokratischen Fraktion die Abgeordneten Lemmer und Kinnecura.

Angenommen wird eine Entschädigung der Regierungsparteien, wonach die Einnahmen aus den Mineralölschüssen für Zwecke des Baus und Straßenbaus verwendet werden sollen. Ferner wird eine Entschädigung der Regierungsparteien angenommen, die die halbe Vorlage eines Gesetzes über die Distrikte verlangt.

Die Änderung der Tabaksteuer wird nach der Kompromißfassung der Regierungsparteien in namentlicher Abstimmung mit 241 gegen 184 Stimmen angenommen. Dafür stimmen auch die meisten Deutschnationalen.

In einfacher Abstimmung wird dann auch die Änderung der Zuckersteuer beschlossen.

Hierauf wird in namentlicher Abstimmung mit 215 gegen 208 Stimmen das Biersteuer-Kompromiß der Regierungsparteien

angenommen. Dagegen stimmen Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und verschiedene Deutschnationale.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 auf 0,85 Prozent wird mit 220 gegen 204 Stimmen beschlossen.

Die Warenhaussteuer in der von Ausschuss abgelehnten Fassung der Regierungsparteien wird mit 214 gegen 204 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Bei beiden Abstimmungen stimmte der Zentrumsabgeordnete Schlad mit der Opposition, während Minister Dr. Stegerwald mit Ja! stimmte.

Die Vorlage zur Änderung des Branntweinmonopols wird nach Ablehnung deutschnationaler Änderungsanträge angenommen, dazu eine Ausschuss-Entscheidung, die Abwehrmaßnahmen gegen die Schädigung des deutschen Weinbaues und der deutschen Branntweinherstellung durch hochpreisige Weine und ähnliche Stoffe fordert.

Ein kommunistischer Antrag auf Ablehnung der Mineralwassersteuer wird in namentlicher Abstimmung mit 213 gegen 204 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. (Wai-Rufe bei den Kommunisten.) Ein sozialdemokratischer Änderungsantrag verlangt Steuererleichterung für Erzeugnisse, die namentlich sind aber zum Selbstkostenpreis abgegeben werden an die Unternehmungen oder Verwaltungen beschäftigter Personen, ferner von Krankenkassen und in gemeinnützigen Krankens, Heil-, Pflege- und Erziehungsanstalten, in Jugendberegen und auf Spiel- und Sportplätzen. Dieser Antrag wird mit 240 gegen 185 Stimmen abgelehnt.

Nach Ablehnung weiterer Änderungsanträge wird die Mineralwassersteuer in der Kompromißfassung der Regierungsparteien angenommen.

Die Aufbringungsumlage wird angenommen. Der dazu von den Sozialdemokraten gestellte Antrag auf Erhebung eines Notopfers durch Einkommensteuerrückschlag auf Einkommen über 8000 M wird mit 239 gegen 187 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Für den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und der Zentrumsabg. Schlad.

Angenommen wird die weitere Hinausschiebung der Bindung der Länder und Gemeinden an die Reichs-Einkommensteuer.

Es folgt dann der inswischen von Ausschuss innerreichte Entwurf zur Vorbereitung der Finanzreform, der auch die Sanierung der Arbeitslosenversicherung enthält.

Die Abstimmung über die Kompromißfassung der Regierungsparteien, in der der Beitrag von 3 1/2 Prozent beibehalten wird, bleibt zunächst zweifelhaft, da die Deutschnationalen sich der Stimme enthalten. Im Sammelgespräch stimmen aber die meisten Deutschnationalen mit den Regierungsparteien, so daß 81 der Kompromißvorlage mit 213 gegen 186 Stimmen angenommen wird, 83, der den Vorstand der Reichsanstalt zu Reformvorschlüssen ermächtigt, wird mit 243 gegen 185 Stimmen angenommen, der Rest der Vorlage in einfacher Abstimmung gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und eine Minderheit der Deutschnationalen.

Die Uebergangsregelung des Finanzausgleichs wird zurückgestellt auf Wunsch des Steuerausschusses.

Ein kommunistischer Antrag auf Erhöhung der Besteuerungen wird in namentlicher Abstimmung mit 383 gegen 48 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Vizepräsident Esser teilt mit, daß der Reichsanstalt noch am Samstag die Abstimmung über das von den Kommunisten gegen das Kabinett eingebrachte Mißtrauensvotum wünsche. (Abg. Tarnow (Komm.): „Er will das Eijen schmieden, solange es warm ist!“) Bei der namentlichen Abstimmung über den Mißtrauensantrag stimmen die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten geschlossen mit Ja! Bei den Deutschnationalen stimmen der Parteivorstand Hugenberg und einige andere Mitglieder mit Ja!, die übrigen mit Nein. Der Mißtrauensantrag wird mit 222 gegen 203 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. (Wai-Rufe und Pfeife bei den Kommunisten. Sanktschäfer bei den Regierungsparteien.)

Um 7 Uhr verläßt sich das Haus auf Montag 10 Uhr vormittags. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Deutschnationalen.

schaft wieder einmal öffentlich Ausdruck gab. Was muß Steigerwald von seiner eigenen Partei sagen, die den Sinn der Revolution umdreht und dem ostelbischen Großagrarertum so sehr die Machtstellung von einst wiedergibt, daß sie sich selbst den katastrophalsten und wahnwichtigsten Agitationsforderungen dieser Kreise unterwirft — gegen die deutsche Arbeiterschaft wie gegen die Interessen der deutschen Volkswirtschaft?

Denn wenn heute die Regierung Brüning eine Mehrheit für ihre Vorlagen erhalten würde, so werden nicht die Finanzgesetze die nächste wirtschaftliche Zukunft bestimmen, sondern die Agrargesetze. Was die Sanierung der Reichsfinanzen für eine Aussicht der Konjunktur an Plus bedeuten kann, das wird durch die unsinnige Politik des Höchstzuschusses restlos wieder zerschlagen werden.

Es ist ein Symbol, daß unter den neuen Steuergeetzen, die die Brüning'sche Koalition in schmählichem Handel geboren hat, als Glanzstück die Steuer gegen die Konjunktur eine Parade ist!

Diese Steuer ist ein Attentat auf die Wirtschaftsorganisation der Arbeiterschaft, ein Ausfluß des aus Dummheit und Bosheit geborenen Hasses gegen die Arbeiterschaft.

Die reaktionärste Regierung seit der Revolution, — so rief der Zentrumsabgeordnete Schlaß gegenüber dieser Vorlage aus. Er hat in tieferem Sinne recht, als er meinte: Unter der Diktatur des ostelbischen Grundbesitzes führt die Regierung Brüning den ersten offenen gesetzgeberischen Angriff auf eine Arbeiterorganisation seit der Revolution.

Die reaktionärste Regierung seit der Revolution — und der Zentrumsführer Brüning ist ihr Chef! Sie wird es erfahren, wie wahr das Wort ist, das Herr Scholz in Mannheim gesprochen hat: „Ohne oder gegen die Sozialdemokratie kann, wie die Dinge nun einmal liegen, auf die Dauer nicht regiert werden!“

### Parteien und Abstimmung

#### Fehlende Abgeordnete

Bei der Abstimmung über das „Junctum“, die die Annahme mit 217 gegen 206 Stimmen bei einer Enthaltung ergab, haben 67 Reichstagsabgeordnete von 491 gefehlt. Davon entfallen auf:

- Sozialdemokratische Partei: 25 Abgeordnete: Bod, Dietrich-Dürmann, Egerstedt, Falkenberg, Fersch, Gerlach, Grahmann, Hoffmann-Kaferlaubert, Käder, Krüger-Rostow, Dr. Leber, Müller-Viehensberg, Peters, Frau Wülfel, Dr. Quessel, Frau Schiffhaens, Schmidt-Melken, Schöfflin, Schredl-Bielefeld, Frau Schroeder, Frau Schulz-Reschale, Frau Dr. Siemsen, Staab, Ulrich-Bellen, Witte.
- Deutschnationale Volkspartei: 9 Abgeordnete: Graf zu Schulenburg, Graf, Gottscheiner, Herat, Dr. Kleiner, Koch-Düffeldorf, Dr. Meyer, Wege, Wolf-Stettin.
- Zentrum: 6 Abgeordnete: Ehrhardt, Fabrenbrach, Giesberts, Imblich, Dr. Kaas, Ullrich.
- Kommunistische Partei: 7 Abgeordnete: Dietrich-Berlin, Decker, Roenen, Pfaff, Pfeiffer, Thälmann, Töben.
- Deutsche Volkspartei: 4 Abgeordnete: Albrecht, Dr. Curtius, Hamtens, Remotes.
- Deutsche Demokratische Partei: 6 Abgeordnete: Frau Dr. Bäumer, Ehlermann, Ertelens, Dr. Haas, Frau Dr. Lüders, Meyer-Berlin.
- Wirtschaftspartei: 3 Abgeordnete: Dunkel, Köster, Schulte-Westfalen.
- Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft: Kein Abgeordneter.
- Agarische Volkspartei: Dauer (Niederbayern).
- Nationalsozialisten: 4 Abgeordnete: Feder-Sachsen, Dr. Frid, Straßer, Wagner.
- Deutsche Bauernpartei: 2 Abgeordnete: Dr. Fehr, Haindl.
- Bei keiner Partei: Frölich-Weipola.

Bei der Abstimmung über den kommunistischen Misstrauensantrag gegen die Reichsregierung haben von der sozialdemokratischen Fraktion 23 Abgeordnete nicht teilgenommen.

Von den Deutschnationalen haben folgende 19 Abgeordnete für den Misstrauensantrag gestimmt: Dr. Agena, Dr. Bang, Berndt, von Bardenborfer, Dr. Euerling, von Fretting-Lorngaboven, von Goddard, Dr. Hanemann, Dr. Hugenberg, Laverrens, Frau Lobmann, Dr. Oberföhrer, Dr. Quaat, Rieseberg, Schmidt-Dannover, Dr. Steiniger, Stubbenrott, von Troila und Dr. Wienbed. Der Abgeordnete Dr. Spahn hat sich der Stimme enthalten. Nicht anwesend waren bei der Abstimmung folgende elf deutschnationale Abgeordnete: Graf zu Eulenburg, Graf, Gottscheiner, Graf-Thüringen, Dr. Kleiner, Frau Mueller-Diffried, Dr. Meyer, Obler, Staßfeld, Wege und Wolf-Stettin. Die übrigen 33 deutschnationalen Abgeordneten haben den Misstrauensantrag abgelehnt.

## Der Eskimo

Ein Roman von der Hudson-Bai von Peter Freuchen  
Copyright by Safari-Verlag, Berlin

63)

(Nachdruck verboten)

Als sie geessen hatten, wurde Zoe hereingerufen und Mala das Handgeißel abgenommen.

„Mala“, sagte der Inspektor, „Wir müssen reisen. Du sollst uns begleiten, und du sollst uns angeben, wo die Leichen begraben sind. Die Menschen, die du erschlagen hast. Du sollst erklären, wie du sie tötetest. Tagüber wirst du die Freiheit haben, vor und neben dem Schlitten zu laufen. Wenn du aber wagt, dich außer Sicht zu begeben, wirst du verfolgt und zum Schlitten zurückgebracht. Wir haben alle geladene Gewehre bei uns und können dich, wenn nötig, in die Beine schießen. Dann wirst du an den Schlitten gefesselt, und du weißt selbst, daß du zu Schanden freier wirst, aber das hilft dir nichts.“

Mala sagte nichts. Er verzog keine Miene. Er zog seine Reisekleider an und wartete an der Tür, bis der Befehl zur Abfahrt gegeben wurde.

Gleich darauf kam Mate und sagte: „Nimm deine Schlaffelle, deine Schlafdecke und dein trodenes Schußzeug, tue es in diesen Sack und komm mit.“

„Es wird schlechtes Wetter“, sagte Arola zu Mala. „Wir kommen heute nicht weit.“

Mala antwortete gleichgültig: „Laß es wehen und segnen. Ich denke hier nicht.“

Mate verlor sich noch einmal, den Inspektor zurückzubalten. „Es wird heute eine schmierige Reise werden. Ich glaube, wir bekommen Sturm.“

„Meinetwegen“, sagte der Inspektor. „Wir reisen. Sie hätten nicht vergessen sollen, die Leuten mitzubringen, als Sie dort waren. Jetzt sind wir gezwungen, noch einmal hinauszufahren, während das Land versteinert ist.“

Endlich kamen sie fort.

Boran fuhr der Inspektor mit Zoe. Dann folgte Mala auf Mates Schlitten, Arola fuhr allein, und zuletzt kamen die Konstabler. Man umhüllte das Vorausrücken, es wehte schon ziemlich, und das Schneetreiben hörte die Hunde, aber man zog weiter.

Der Inspektor erzählte Zoe, daß die andern sich fürchteten, bei

# Deutschnationale Auflösungsangst

## Hugenbergpartei gespalten / Sozialdemokratie zum Wahlkampf bereit

Berlin, 12. April. Zwei Dinge bestimmen stimmungsmäßig die Reichstags-Sitzung vom Samstag gleich zu Beginn: das vom Reichspräsidenten dem Reichstager zur Verfügung gestellte Dekret zur Auflösung des Reichstages und das sich schnell verbreitete Gerücht der deutschnationalen Fraktionsmitglieder, daß es Hugenberg nicht gelungen war, seine Fraktion zusammenzubringen und die Deutschnationalen damit gespalten aufzutreten zu lassen.

Von den Regierungsparteien ist zum Geleit über Zolländerungen der Antrag eingebracht, der die Verbindung zwischen dem Agrarprogramm und den Deckungsanträgen herstellt. Nach diesem Antrag wird bestimmt, daß die Deckungsanträge zugleich mit der Agrarvorlage in Kraft treten. Dieser Antrag ist der Schlüssel, über den die Deutschnationalen primär müssen. Das Ergebnis mag vorübergehend sein: Für den Regierungsantrag stimmten 217, gegen ihn 206 Stimmen. Die Deutschnationalen sind in die Brüning-Front eingeschwenkt; Hugenberg ist isoliert.

### Reichstagskanzler Brüning

erklärt zu den Deckungsanträgen: Unter Führung der Reichsregierung (Rechts links) haben die hinter ihr stehenden Parteien einen Antrag eingebracht, wonach das Geleit zum Schutz der Landwirtschaft nicht in Kraft treten kann, ohne gleichzeitige Bewilligung der Deckungsanträge. (Hört, hört!) Die Reichsregierung sieht in diesem Antrag die notwendige und ausreichende Voraussetzung, die gestellten Aufgaben zu lösen. Sämtliche Entscheidungen, vor denen das Haus heute steht, bilden ein unteilbares Ganzes. Die Reichsregierung kann die Verantwortung nicht übernehmen, wenn nicht schon in der zweiten Lesung entsprechende Sicherheiten geschaffen werden. Diesen Gedanken bringt der Antrag zum Ausdruck. Wird er abgelehnt, so wird die Reichsregierung noch heute die notwendige Entscheidung treffen. (Hört, hört!) Verlangt das Parlament, so wird die Reichsregierung das, was für die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes erforderlich ist, auf anderem Wege durchsetzen. (Beifall in der Mitte und rechts; Anrufe links.)

### Abg. Dr. Breitsheld (Soz.)

Nach unierer Ansicht ist es einzig zweckmäßig, sofort über den Antrag abzustimmen, denn alles andere würde nur eine Hinausschiebung der Entscheidung bedeuten. Vor 14 Tagen ist das Kabinett Brüning gebildet worden. Heute können wir feststellen, daß es vor seinem moralischen Bankrott steht. (Ohl in der Mitte; Beifall links.) Die Folge ist, daß das Kabinett Brüning genötigt werden ist, sehr weitgehende Zugeständnisse an die agrarischen Forderungen der Deutschnationalen Partei und des Landbundes zu machen.

## Das Schiele-Programm



Nach dem Agrarier!

zu machen. Aber eine Klarheit war auch damit nicht geschaffen, und es begann in diesem Hause im Plenum, in den Ausschüssen und in verschiedenen Konferenzsitzungen ein wildes Schachergeschäft, (lebhafte Zustimmung links, Lärm rechts), ein Schachergeschäft, das den noch angetan war, den

### Reichstag zu einer Börse herabzumwürdigen.

(Großer Lärm.) So weit sind wir heute gekommen und nichts weißt besser als dieser Antrag, wie weit wir gekommen sind. Das Kabinett vertraut den Parteien, mit denen es zusammenarbeiten will, nicht mehr, und die Parteien vertrauen ihm nicht mehr. Jetzt soll der Antrag die Sicherheit bieten, das man sich gegenseitig nicht betrügt. (Sehr laut links; Lärm rechts.)

### Die Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion

unter diesen Umständen ist klar. Wir haben keine Veranlassung, dem Kabinett Brüning aus den Verlegenheiten zu helfen, die es sich selber geschaffen hat. Vor zehn Tagen habe ich in der Programmdiskussion erklärt, daß wir

### in die Opposition treten mit allen Konsequenzen dieser Haltung.

Vor allen Dingen hat die Sozialdemokratische Partei keine Verantwortung, durch ihre Zustimmung dazu beizutragen, daß den agrarischen Forderungen des Landbundes an Unannehme verfallen wird. Denn wenn Sie jetzt dieses Kammergesetz annehmen, dann sind die durch die landwirtschafterischen Wünsche und Begierden verflüssigten

### Unter diesen Umständen lehnen wir den Antrag ab.

Mag er, wie bei der entschlossenen Haltung der Deutschnationalen doch annehmbar ist (Große Beifall), die Auflösung des Hauses zur Folge haben, so gehen wir in den Kampf für die Sozialdemokratie, gegen agrarischen Übermut, für die Sanierung der Finanzen. (Stürmisches Händeklatschen der Soz.) Wollen Sie etwas bestritten, daß die Sozialdemokratie stets die Sanierung der Finanzen in den Vordergrund gekehrt hat. Wollen Sie bestritten, daß Sie eine Lösung abgelehnt hätte, die Sie 70 Millionen für die Arbeitslosen gelöst hätte, und daß Sie jetzt agrarischen Geleiten zustimmen, die hunderte Millionen kosten! (Lärm rechts.) Wir geben nicht auf und nicht zuletzt in diesem Kampf für die Erhaltung der parlamentarisch regierten demokratischen Republik. (Stürmisches Beifall der Soz.)

Abg. Effer (Zentr.) polemisiert gegen die Rede Dr. Breitshelds. Auch das Zentrum sei für die sofortige Entscheidung.

Abg. Torgler (Komm.) fordert Reichstagsauflösung.

Abg. Koch-Weser (Dem.) bedauert das Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung.

Abg. Sidr (Nat.-Soz.) beschuldigt die Regierung, im Auftrag der internationalen Hochfinanz zu handeln.

Auf eine Anfrage des Abg. Herat (Nat.) erklärt Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer, die Regierung hat sich klar und deutlich zur Döhrle bekannt. Die Geleite sind in Vorbereitung. Es werden alle verfügbaren Mittel flüssig gemacht werden, um diese Hilfe wirklich durchzuführen. Entweder hat man das Vertrauen zur Regierung, daß sie die ihr gestellten Aufgaben durchführt, dann bedarf es keiner besonderen Sicherung, oder man hat das Vertrauen nicht, dann kann man das in der Abstimmung zum Ausdruck bringen. (Beifall bei den Regierungsparteiern.)

### Die Abstimmung über den Regierungsantrag

Es folgt die Abstimmung über den Antrag der Regierungsparteien, wonach Finanz- und Agrargesetze gleichzeitig in Kraft treten. Von der deutschnationalen Fraktion stimmen die meisten Mitglieder mit Ja, andere mit Nein oder mit blauem Kartent, die Stimmenthaltung bedeuten.

Das Ergebnis der Abstimmung ist die Annahme des Regierungsantrages der Regierungsparteien mit 217 gegen 206 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung.

Mit Beifall der Kommunisten und mit Gelächter der Sozialdemokraten wird das Abstimmungsresultat ausgenommen.

Präsident Löbe: Wir müssen nun mit der sachlichen Beratung der Zollvorlagen beginnen. Es wird aber vorgeschlagen, die Sitzung auf 10 Minuten zu unterbrechen, damit sich die Herren erholen. (Beifall.)

Der Bericht über den weiteren Verlauf der Sitzung, die dann die zahlreichen Abstimmungen über die Steuer- und Agrargesetze bringt, siehe auf der ersten Seite des Blattes.

solchem Wetter zu reisen. Er verließ sich aber darauf, daß Zoe sie weiterbringen würde.

Zoe antwortete, indem er die Hunde peitschte und Signale gen Himmel schickte. Er würde schon vorwärtskommen solange es möglich sei. Er war sicher, die Gunst des Inspektors und einen hohen Lohn zu gewinnen, und außerdem bedeutete diese Reise den endgültigen, unumkehrlichen Fall Mala. Jeden Abend sollte Mala an Händen und Füßen gefesselt werden. Zoe wollte dafür sorgen, daß die Eskimos diesen Anblick genossen. Dann würde man nicht mehr von dem großen Mala sprechen.

Es begann stark zu wehen. Das Schneetreiben nahm zu. Die Sonne stand hoch, der verdampfte Schnee hatte eine feste Kruste gebildet, und als die Luft sich beruhigte, ging das Schneetreiben noch härter an.

Langsam ging es weiter. Die Schlitten kämpften sich vorwärts. Vorgebeugt gingen die Männer, umweifen mühten sie dem Wind den Rücken kehren und verschaukeln. Dann ging es weiter. Ein hartgeleitener Burtsch war dieser Inspektor. Er wollte vorwärts, und vorwärts kamen sie. Er traut sich nicht, jetzt konnte er ihnen doch vielleicht zeigen, daß man reisen konnte, wenn ein Wille vorhanden war. Ja, wahrlich, sowohl Weise wie Eskimos mühten einmal fest angepackt werden. Es war gut, daß er gekommen war.

Mittags machte er halt, um ein wenig auszuruhen. Die Schlitten führten nebeneinander auf, und er besah, Tee zu bereiten. Der Kocher wurde herorgeholt, aber es war unmöglich, eine geheizte Stelle zu finden. Sie nahmen einige Felle vom Schlitten und errichteten ein kleines Zelt. Das glückte jedoch nur für eine kleine Weile, und es gab hier keinen Schnee auf dem Eis, der sich in Klüfte schneiden ließ, so daß man einen Windstich bauen konnte.

Aber endlich bekam man Feuer, etwas Schnee wurde geschmolzen, aber da schlug der Wind um und wehte direkt in die kleine improvisierte Küche hinein, löschte alles aus und stürzte das Wasser um. Es war unmöglich, Tee zu machen.

„Also schön“, sagte der Inspektor. „Dann reisen wir ohne Tee. Wir reisen. Alles klar machen. Weiter!“

Mate und die zwei Konstabler sagten nichts, und keiner von den Eskimos öffnete den Mund. Der Inspektor wartete auch keine etwaigen Proteste ab. Er ging vorwärtsbeugt gegen den Wind an. Man sah ihn nur undeutlich, so umhüllt ihn der Schnee.

„Schnell hinterher“, sagte Mate.

In aller Eile setzten sie die Schlitten instand, entwirrten die Stränge der Hunde und setzten dem ersten Namen nach. Als sie ihn erreichten, füllte der Schnee alles, was sie vom Western

raum sehen konnten. Er peitschte die Gefährten und drang überaus in ihre Kleider. In den Klüften lag der lose Schnee, durch die Öffnung der Felle, es war kalt und gräßlich. Aber er mochte sich noch nicht beugen.

Einige Stunden arbeiteten sie sich weiter. Ein Wahnsinn, eine Reise mit solcher Peinlichkeit zu beginnen. Aber der Inspektor war Herr, er wollte vorwärts.

Plötzlich kam der Orkan. Es jagte nicht mehr, es brüllte. Unter Schnee auf dem Eis wurde hochgewirbelt. Keine Rede davon, daß die Hunde weitergehen konnten, keine Rede davon, die Peitsche zu gebrauchen. Die Männer konnten kaum noch auf der nicht einen arktischen Orkan erlebt hat, einen von den Eskimos, bei dem Ries und kleine Steine weit fortfliegen und den unebensamsten Wille gebrochen wird.

Die Schlitten blieben von selber stehen. Ja, die vorbestimmten glichen seitwärts, und die Hunde folgten ihm, die Männer krochen aufeinander, bukten sich und stützten einander. Hier galt es nur, zusammenzubehalten. Wenn einer auch nur wenig absetzte kam, war es unentbehrlich, ihn wiederzufinden.

Mate ging zu dem Inspektor. Er froh bin, feste den Mund an sein Ohr und rief ihm zu, daß die Reise für heute zu Ende sei. Sie mühten leben, zusammensubstehen, um sich nicht zu verlieren.

Es war, als schloße der Sturm einen Augenblick auf.

„Sagen Sie ihnen“, sagte der Inspektor, „daß sie ein Haus bauen sollen.“

Mate zeigte auf das Eis, wo sie waren. „Ein Haus bauen ist unmöglich.“

Rings umher war das Eis blank gefegt. Es gab kein Baumaterial. Aller Schnee, der im Laufe des Winters gefallen war, bestand sich in der Luft.

„Schön“, sagte der Inspektor, „dann müssen wir zu einer Stelle fahren, wo es Baumaterial gibt.“

„Es ist unmöglich, weiter zu kommen. Die Hunde können nicht mehr mit den Klauen auf dem harten Eis balzen.“

Ein Protest war unmöglich. Die Männer hatten von selber Schutz hinter den Schlitten gesucht. Die waren in einem klammerartigen Zusammengefahren, und die Hunde lagen auch dahinter. Die mächtige Natur war stärker als die kleinen Menschen und die kleinen Hunde. Da verlor sich auch der Inspektor hinter den Schlitten. (Fortsetzung folgt.)

Schwere Unglücksfälle

Bei Mainz hat sich aus ungeklärter Ursache ein Personenauto überschlagen, wobei sechs Mitglieder einer Familie schwere Verletzungen erlitten.

Zerlegung der demokratischen Partei

Aus Stuttgart wird uns berichtet: Der Verlauf einer von den Deutschen Demokraten in Stuttgart abgehaltenen Parteiverammlung ließ erneut erkennen, welchen schweren Schaden die Partei durch ihre tatsächliche Schwächung in der Regierungstruppe und durch die Beitritt zur Reichsregierung erlitten hat.

„Neue Ufer“ oder uferlose Jollpläne

Das Kabinett Brüning soll — so haben es die Zentrumsblätter in alle Welt hinausposaunt —, das deutsche Volk zu „neuen Ufern“ führen. Einmalen sieht man jedoch nur, daß keine Uferlinie im Uferlose geben. In einem Augenblick, in dem die Regierung die Jollüberweisungen für die Jollüberweisung von 40 auf 20 Millionen zu kürzen sich ansetzt, macht sie auch noch Jollüberweisungen, die über die von den Deutschen Demokraten erzielten Jolländeränderungen hinausgehen, wie folgende Gegenüberstellung zeigt:

Table with 2 columns: Deutschnationaler Regierungsantrag and Regierungsantrag. Rows include Milch, Eier, Stärke, Getreide, etc.

Ein solches Schauspiel: Die Regierung Brüning beugt sich freiwillig nach tiefer als das laubstüchtige Joch, das die deutschnationalen Großagrarien für sie auferichtet haben, von ihr verlangt.

Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages

Berlin, 12. April. Der deutsch-österreichische Handelsvertrag ist heute mittag in Berlin unterzeichnet worden.

Spanische Wahlen Ende 1930

Die spanische Regierung hat beschlossen, die Neuwahlen zum Parlament im letzten Vierteljahr 1930 stattfinden zu lassen.

Sozialistische Studentenfürsorge in Straßburg

Am 13. und 14. April findet in Straßburg ein internationaler sozialistischer Studententag statt. Bei einer öffentlichen Kundgebung über das Thema „Der Friede und der Sozialismus“ wird u. a. auch Reichstagsabg. Gen. Dr. Breitfeld das Wort ergreifen.

Slang verurteilt

Vom vierten Straßener des Reichsgerichts wurde am Samstag der 36jährige Schriftleiter der roten Wache in Berlin, Erik Hampel wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republikanengesetz zu 2 Jahren Festungshaft und 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

Freistaat Baden

Aus dem Ausschuss für Gesuche und Beschwerden

Der Ausschuss für Gesuche und Beschwerden hat sich letzte Woche mit 14 Gesuchen beschäftigt, von denen drei auf Grund des § 49 der Geschäftsordnung nach Form und Inhalt für ungenügend erklärt wurden.

Die dem Landtag gemäß § 86 Absatz 2 der Geschäftsordnung vorgelegten Nachweisungen erlösten sich über 37 Gesuche, davon betreffen den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern 13, Justizministerium 2, Ministerium des Kultus und Unterrichts 8, Finanzministerium 4, Rechtsplegenausschuss 11, Gesundheitswesen 6, zusammen 37. Von den Gesuchen wurden der Regierung überwiesen zur Kenntnisnahme 24, zur Kenntnisnahme in bestimmtem Sinne 6, einschließlich 3, einschließlich in bestimmtem Sinne 4, zusammen 37.

Reichstag stimmt der Oberrheinregulierung zu. Der Reichstag hat ohne Ausrede den deutsch-schweizerischen Vertrag über die Rheinregulierung zwischen Straßburg-Reh und Ziken angenommen.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Lohnstreik in der badischen Textilindustrie. D. S. Karlsruhe, 12. April. Der vom Badischen Landesgeschäftlicher geführte Streik der Textilindustrie wurde am 11. März ds. Js. wurde vom Textilarbeitgeberverband angenommen und die Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Eine gewonnene Schlacht

Die Lohnabbaubestrebungen der Bauunternehmer sind abgewehrt. Die Verhandlungen vor dem Hauptarbitrat, die seit Donnerstag im Reichsarbeitsministerium geführt wurden, gingen am Samstag in später Stunde zu Ende.

Der Kampf in der Herren- und Damenschneiderei hat am Samstag nach Ablauf der Erklärungsfrist für den neuen Streikspruch dank der festen Haltung der Gewerkschaften mit einem Erfolg für die Schneider geendet.

Ein Erfolg der Schneider

Der Kampf in der Herren- und Damenschneiderei hat am Samstag nach Ablauf der Erklärungsfrist für den neuen Streikspruch dank der festen Haltung der Gewerkschaften mit einem Erfolg für die Schneider geendet.

Dieser Erfolg hat siffernmäßig nur ein bescheidenes Aussehen. Sein Wert kann jedoch nur unter Berücksichtigung der gesamten Situation und des Verlaufs der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium voll gewürdigt werden.

Als Festkaffee nur Messmer-Kaffee in Festpackung Pfannkuch 5% Rabatt und Prämien-Gutschein. 1/2 Pfund-Paket 2.-, 1/4 Pfund-Paket 1.-

Ein vergessenes Kapitel Kolonialpolitik

Der Karl Peters-Roman „Ich bin ich“ von Balden Obden hat wenigstens bis zu einem gewissen Grade die Aufmerksamkeit wieder auf eine Persönlichkeit gelenkt, die eine in den deutschen Kolonialbestrebungen eine große Rolle spielte, bis August Bebel in einer parlamentarischen Reichstagsrede die barbarischen Methoden dieses unerschrockenen Mannes der entsetzten Öffentlichkeit zur Kenntnis gab.

Am 28. März 1840 wurde dem Arzte jüdischer Abstammung Ludwig Schnitzer in Oppeln ein Sohn Eduard geboren, der heranwachsend, sich gleich seinem Vater dem Studium der Medizin widmete.

Nach der Schilderung von Peters, der ihn später traf, soll Stanley Emin Pongia gewaltig aus der Äquatorialprovinz nach Sanjibar frohgeschleppt haben. Man wollte ihn nun in profitorische deutsche Dienste nehmen; ihm wurde auch eine Truppe zur Verfügung gestellt, um das Seengebiet um den Victoria-See in die deutsche Verwaltung einzubringen.

IX. Sinfoniekonzert des Badischen Landestheaterorchesters. Ueber Edwin Fischer, der von der Generaldirektion des Bad. Landestheaters als Solist des vorletzten Sinfoniekonzertes am kommenden Montag, 14. April, verpflichtet wurde, ist nach den früheren Eindrücken, die dieser bedeutende Pianist auch hier wiederholt hinterlassen hat, kaum noch etwas zu sagen notwendig.

Chrenoske Werbung. Herr Boris Borodin, der gefächte Solist des Landesorchesters wurde nach seinem erfolglosen Gastspiel in Genua anlässlich der vor kurzem dort stattgefundenen Wagner-Festspiele von der Leitung des Amateurs-Orchesters in Paris aufgefordert, im diesjährigen Karfreitagskonzert die Partie des Turndemans aus Wagners „Parsifal“ zu singen.

Kammerjäger Dr. Hermann Wucherpernia und Frau Irma Wucherpernia, Karlsruhe, haben „in Anerkennung ihrer besonderen Leistungen auf dem Gebiete der musikalischen Erziehung“ vom Provinzial-Schulkollegium Berlin die staatliche Anerkennung als Gelehrter verliehen bekommen.

Literatur

Alle an dieser Stelle besprochenen und angeführten Bücher und Zeitschriften können von unserer Verlagsbuchhandlung bezogen werden. Altmichs Truderei-Anzeiger Nr. 26/27 — 1930. Baden-Nummer I/II. Verlag von Altmich & Co., Frankfurt a. M.

Kadebells J. S. Die Verfilmung der bekannten Kadebells Illustrierten mit der J. S. hat der Allgemeinheit Augen geerdacht. Aus den beiden Wältern ist die Kadebells J. S. entstanden, die einen größeren Umfang und einen ganz vorzüglichen Ausfertigungsgrad aufweist.



Partei-Nachrichten

Kientenloch. Mittwoch, 9. April, abends 8 Uhr, veranstaltete die Sozialdemokratische Partei einen Unterhaltungsabend...

Aus dem Gerichtssaal

Der Gerichtssaal als Gemäldegalerie

Am Karlsruher, 11. April. Die siebenstündige Berufungsverhandlung vor der großen Strafkammer...

Die Beweisaufnahme in der siebenstündigen Verhandlung vor der Strafkammer entrollte kein Bild vor dem Vorzimmer...

Schwarzfahrer

Am Karlsruher, 11. April. Im Januar dieses Jahres befand sich ein vielmehrfacher Kunde, der 24 Jahre alte Schlosser Bernhard...

Eine hohe Justizhausstraße

Freiburg. Eine schwere Kluft spielte sich am Abend des 22. November v. J. in dem Dorfe Steinenbach im Bezirk Müllheim...

Das Wohnbauprogramm vor dem Bürgerausschuß Offenburg

Trotz der sehr wichtigen Tagesordnung war der Bürgerausschuß nicht besonders stark besetzt. Sehr stark war dagegen die Galerie besetzt...

Der Herr Hoyer machte zur Einleitung längere Ausführungen. Es wurde noch einmal festgestellt, daß nur Bedarf für Kleinwohnungen...

Als erster Diskussionsredner sprach der Stadtratsmitglied Herr Obmann Schwarz (Str.); er erklärte die statistischen Aufstellungen...

Der Herr Hoyer erklärte, daß die Statistik der Bevölkerung in der Gemeinde Offenburg 7. Die Abstammung ergab eine große Mehrheit für die beiden Vorlagen...

Die dritte Vorlage: Grundstücksänderung durch Verlegung der Oberstraße, wurde einstimmig angenommen. Die vierte Vorlage, Verkauf eines Gartens in der Hermannstraße wurde angenommen...

Gemeindepolitik

Ein Jahr „Die lebendige Stadt“

Wiederum liegt ein neues Heft der geschmackvollen und modernen Zeitschrift der Stadt Mannheim...

Das uns vorliegende letzte Heft des abwechslungsreichen ersten Jahrgangs gibt zu solchen angenehmen Betrachtungen Anlaß...

Es ist auch besonders zu wünschen, daß diese vielseitige und interessante Zeitschrift zahlreiche Freunde, Freunde der Stadt und Freunde der Zeitschrift, finden möge.

Briefkasten der Redaktion

Nr. 99. 1. Da die Gemeinde kann Pflichtarbeit von Kriegenunterstützungsmängeln verlangen, aber nur mit Genehmigung des Arbeitsamts...

Dettingen. Wenn der in Betracht kommende Arbeitslose verheiratet ist (ohne Kinder), so ist die Ausrechnung richtig. Junctum. Dies Wort ist im politischen Sprachbereich erst in letzter Zeit in Aufnahme gekommen...

Bönnig. Den betreffenden Hinweis haben wir schon gebracht, wenn auch etwas gekürzt.

Wohltätigkeitsfest „Jahrmärkte für Jung und Alt“ zu Gunsten des Karlsruher Kindersolbades in Donaueschingen. Städtische Ausstellungshalle Karlsruhe vom 26. April bis 4. Mai 1930.







